GENDER
OPEN
REPOSITORIUM

Muslimische Politikerinnen in Deutschland: Erfolgsmuster und Hindernisse politischer Repräsentation

Jenichen, Anne

2018

https://doi.org/10.25595/3613

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Jenichen, Anne: *Muslimische Politikerinnen in Deutschland: Erfolgsmuster und Hindernisse politischer Repräsentation*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 27 (2018) Nr: 2, 70–82. DOI: https://doi.org/10.25595/3613.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.06

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY SA 4.0 Lizenz (Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY SA 4.0 License (Attribution - ShareAlike). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Niedermayer, Oskar, 2016: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2016. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 26. Berlin.

Norris, Pippa/**Lovenduski**, Joni, 1993: If Only More Candidates Came Forward: Supply-Side Explanations of Candidate Selection in Britain. In: British Journal of Political Science. 23 (3), 373-408.

Ohmura, Tamaki/**Bailer**, Stefanie/**Meissner**, Peter/**Selb**, Peter, 2018: Party Animals, Career Changers, and Other Pathways into Parliament. In: West European Politics. 41 (1), 169-185.

Piscopo, Jennifer M., 2017: The Limits of Leaning In: Ambition, Recruitment, and Candidate Training in Comparative Perspective, Paper Presented at the 'Good Reasons to Run' Conference, Philadelphia, 11 November.

Preece, Jessica/**Stoddard**, Olga, 2015: Why Women Don't Run: Experimental Evidence on Gender Differences in Political Competition Aversion. In: Journal of Economic Behavior & Organization. (117), 296-308.

Schulte, Ulrich, 2013: Ohne Gegenwehr endet es nicht. In: taz, 29.1.13.

SPD Berlin, 2018: Mehr Frauen in die Berliner SPD – Warum eigentlich? Internet: https://www.spd.berlin/mitmachen/mehr-frauen-in-die-spd/mehr-frauen-in-die-berliner-spd-warum-eigentlich/ (13.6.18).

Westle, Bettina, 2009: Die unpolitische Frau – ein Methodenartefakt der Umfrageforschung? In: Kühnel, Steffen/Niedermayer, Oskar/Westle, Bettina (Eds.): Wähler in Deutschland. Wiesbaden, 179-201.

Wolbrecht, Christina/**Campbell**, David E., 2007. Leading by Example: Female Members of Parliament as Role Models. In: American Journal of Political Science. 51 (4), 921-939.

Muslimische Politikerinnen in Deutschland: Erfolgsmuster und Hindernisse politischer Repräsentation

ANNE JENICHEN

Einleitung

In westlichen Debatten über den Islam werden muslimische Frauen meist als passive Opfer männlicher Unterdrückung porträtiert (Dhamoon 2009; Ehrkamp 2010). Politisch aktive Musliminnen kommen hingegen kaum vor, weshalb sich der vorliegende Beitrag mit genau dieser Gruppe beschäftigt.

In der deutschen Politik gibt es bisher nur wenige muslimische PolitikerInnen. Im Bundestag hat ihr Anteil in den letzten Legislaturperioden zwar kontinuierlich zugenommen, liegt aber weiterhin unter ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (Hughes 2016).[1] Im 19. Bundestag sind etwa 1,3% der Abgeordneten muslimischen Glaubens (sechs Frauen, drei Männer)[2], während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung auf 5,4-5,7% geschätzt wird (BAMF 2016). Angesichts dieser quantitativen Unterrepräsentanz geht der Beitrag vor allem zwei Fragen nach: Welche Hindernisse erschweren

 https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i2.06

es muslimischen Frauen, eine politische Karriere einzuschlagen? Welche Faktoren helfen ihnen, dieses Anliegen zu verwirklichen? Dabei stellt sich auch die Frage, ob Musliminnen, als Frauen und Mitglieder einer religiösen Minderheit, doppelter Benachteiligung unterworfen sind, oder ob es im Kontext politischer Repräsentation als Mitglied einer religiösen Minderheit vielleicht sogar von Vorteil ist, weiblich zu sein. Der höhere Anteil muslimischer Frauen gegenüber muslimischen Männern im Deutschen Bundestag scheint darauf hinzuweisen.

Der Beitrag nimmt eine intersektionale Perspektive auf politische Repräsentation ein. Demnach interagieren verschiedene Aspekte der Identität, also z.B. Geschlecht und Religion, in multiplen Formen der Diskriminierung und Privilegierung miteinander (z.B. Mügge/Erzeel 2016; Weldon 2006). Obwohl insgesamt noch eine eher neue Perspektive, liegen auch zu Deutschland erste entsprechende Ergebnisse vor, die wichtige Informationen zur politischen Repräsentation von Frauen mit Migrationshintergrund bieten (Donovan 2013; Hossain et al. 2016; Markowis 2015). Allerdings legt keine dieser Studien ein besonderes Augenmerk auf Religion.[3] Angesichts zunehmender anti-islamischer Ressentiments (Bertelsmann Stiftung 2015) kann jedoch vermutet werden, dass gerade für muslimische Politikerinnen das gruppenspezifische Diskriminierungspotential besonders hoch ist. Sie wurden deshalb für die folgende Studie ausgewählt, nicht nur um die Bedeutung von Religion für die Forschung zur Repräsentation von Frauen mit Migrationshintergrund einzuschätzen, sondern auch um Stereotypen zu begegnen und Möglichkeiten zur Förderung ihrer Repräsentation zu identifizieren.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um eine explorative Studie ohne repräsentativen Anspruch. Sie stützt sich vor allem auf qualitative Interviews mit muslimischen Politikerinnen, um aus ihren Erfahrungen Hindernisse und förderliche Faktoren für die politische Repräsentation muslimischer Frauen in Deutschland herauszuarbeiten. Die elf interviewten Politikerinnen wurden über Internetrecherchen und das Schneeballprinzip identifiziert und zu ihrer politischen Biographie befragt. Sie repräsentieren unterschiedliche Parteien (CDU, SPD, Grüne und Linke) und haben neben Parteiämtern, mit Ausnahme von zweien, alle Mandate in der (west-) deutschen Lokal-, Landes- oder Bundespolitik inne. Sie identifizieren sich selbst als Musliminnen (einige sind Sunnitinnen, andere Alevitinnen), mit stark variierendem Grad an Religiosität; zwei von ihnen tragen Kopftuch. Mit Ausnahme einer Konvertitin haben alle einen, mehrheitlich türkischen, Migrationshintergrund.[4]

Im Folgenden lege ich zunächst den Analyserahmen der Studie dar, bevor ich die Ergebnisse vorstelle und im Fazit weiteren Forschungsbedarf sowie politische Implikationen diskutiere.

Analyserahmen: Politische Repräsentation muslimischer Frauen

In der vorliegenden Studie geht es vor allem um die Faktoren, die die deskriptive Repräsentation muslimischer Frauen, also ihre quantitative Präsenz, in der deutschen

Politik beeinflussen.[5] Diese Faktoren lassen sich in zwei Dimensionen bzw. in drei Phasen einteilen: Auf der Angebotsseite geht es um die Entscheidung zum parteipolitischen Engagement (1. Phase), die das Angebot an potentiellen Kandidatinnen bestimmt; auf der Nachfrageseite geht es zum einen um die Selektion von Kandidatinnen durch Parteien (2. Phase), zum anderen um die eigentliche Wahl durch die Wählerschaft (3. Phase) (Norris/Lovenduski 1995; Krook/Norris 2014, 6f.). Jeder dieser drei Phasen können verschiedene Faktoren zugeordnet werden, die die politische Repräsentation benachteiligter Gruppen beeinflussen und in der Literatur zur politischen Repräsentation von Frauen (z.B. Krook/Norris 2014), von ethnischen Minderheiten und ImmigrantInnen der ersten und zweiten Generation (Bird/Saalfeld/Wüst 2011; Bloemraad/Schönwälder 2013) sowie aus dezidiert intersektionaler Perspektive (Mügge/Erzeel 2016) in ähnlicher Weise diskutiert werden:

In der ersten Phase, der Entscheidung zu parteipolitischem Engagement („Angebotsseite"), sind vor allem die soziostrukturellen Bedingungen wichtig, die die Größe des potentiellen Kandidatinnenpools beeinflussen. Dazu gehört der Zugang zu für politische Partizipation entscheidende Ressourcen wie Bildung und politisches Wissen, Einkommen und Zeit, aber auch Wahlrecht und Sprachkenntnisse, sowie Einbindung in private und politische Netzwerke, die notwendige Unterstützung leisten bzw. für Sichtbarkeit sorgen (Bloemraad/Schönwälder 2013, 568; Krook/Norris 2014, 4f.; Mügge/Erzeel 2016, 502f.). Hinsichtlich der politischen Unterrepräsentation von Musliminnen in der deutschen Politik wäre demnach zu erwarten, dass muslimische Frauen weniger Zugang zu diesen entscheidenden Ressourcen und Netzwerken haben, was dazu führt, dass ihnen das Recht, die Kenntnisse, das Geld und die Zeit sowie die private und öffentliche Unterstützung für politisches Engagement fehlen. Es ließe sich eine doppelte soziokulturelle Benachteiligung erwarten: aufgrund des Geschlechts sowie des Migrationshintergrunds bzw. der religiösen Zugehörigkeit. Ein spezifischer Erklärungsfaktor könnten vorherrschende kulturelle Einstellungen hinsichtlich der Rolle von Frauen innerhalb muslimischer Gemeinschaften sein, wenn diese zu einer traditionellen Rollenzuweisung führen, also die Sozialisation und Abkömmlichkeit muslimischer Frauen auf eine Art beeinflussen, die vielen von ihnen die politische Karriere als nicht erstrebenswert oder praktisch unmöglich erscheinen lassen. Da diese Fragen mittels qualitativer Interviews nicht ausreichend geklärt werden können, greife ich zusätzlich auf soziostrukturelle und -kulturelle Daten zu MuslimInnen in Deutschland zurück, die neben den Interviews erste Rückschlüsse auf die Angebotsseite zulassen.

In der zweiten Phase, der Nachfrage nach Kandidatinnen durch Parteien, geht es vor allem um die Rolle der Parteien als „Gatekeeper", die im deutschen politischen System aufgrund ihrer Monopolstellung bei der KandidatInnenauswahl besonders ausgeprägt ist (vgl. Davidson-Schmich in diesem Heft). Die Nachfrage der Parteien nach bestimmten KandidatInnen kann muslimische Frauen benachteiligen, wenn diese von (männlichen bzw. nicht-muslimischen) EntscheidungsträgerInnen innerhalb der Parteien bei der Vergabe von Ämtern und Listenplätzen bewusst diskri-

miniert werden. Andersherum erleichtern innerparteiliche Quotenregelungen den Zugang. Eine zentrale Frage ist demnach, wie innerparteiliche Diskriminierungspraktiken mit der Existenz von Quoten interagieren. Erhalten muslimische Frauen Förderung und Vertrauen innerhalb ihrer Parteien und können von der Frauenquote profitieren? Oder wird ihnen dies aufgrund innerparteilicher Diskriminierung eher erschwert? Mit anderen Worten: Unterliegen muslimische Frauen im deutschen politischen System einer doppelten Diskriminierung durch Parteien als Frauen und Musliminnen („double jeopardy") oder erweist sich die Kombination von weiblichem Geschlecht und religiöser Minderheit als kumulativer Vorteil („multiple advantage") (Mügge/Erzeel 2016)? Auch wenn diese Frage durch qualitative Interviews mit muslimischen Politikerinnen nicht abschließend geklärt werden kann, bieten die Interviews aufschlussreiche Hinweise auf den Umgang von Parteien mit muslimischen Politikerinnen.

Die Nachfrage nach Volksvertreterinnen wird schließlich auch durch das Verhalten der WählerInnen beeinflusst. Vorbehalte gegenüber Frauen und MuslimInnen in politischen Ämtern können sich negativ auf deren Wahlerfolg auswirken, was insbesondere durch personenbezogene Komponenten in Wahlsystemen zum Tragen kommt. Studien haben gezeigt, dass Frauen allgemein, was Musliminnen einschließt, bessere Wahlchancen in Systemen mit Verhältniswahlrecht haben (Hughes 2016), weil sich WählerInnen nicht für eine einzelne Person entscheiden müssen, sondern eine Parteiliste, die mehrere KandidatInnen enthält, wählen. Auch wenn Fragen zu wahlrechtlichen Unterschieden in der vorliegenden Studie nicht beantwortet werden können, geben die Interviews Aufschluss über Diskriminierungserfahrungen muslimischer Politikerinnen in Wahlkämpfen.

Erfolgsbedingungen und Hindernisse aus Sicht muslimischer Politikerinnen

Im Folgenden stelle ich die empirischen Ergebnisse der Studie vor. Dabei werden die Ergebnisse der Interviews mit muslimischen Politikerinnen ausgewählten Befunden aus der Sekundärliteratur zur politischen Repräsentation von Frauen im Allgemeinen und von BürgerInnen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Besonderen gegenübergestellt und gegebenenfalls durch weitere Quellen ergänzt.

„Angebotseite" politischer Repräsentation: Kandidatinnenpool

Die Biographien der interviewten muslimischen Politikerinnen bestätigen die bedeutende Rolle von Bildung, politiknahen Berufen und ehrenamtlichen Führungspositionen sowie geschlechtergerechter Sozialisation und Arbeitsteilung für die politische Partizipation von Frauen (vgl. z.B. Kinzig 2007). Bis auf eine haben alle der interviewten Politikerinnen einen Hochschulabschluss, teilweise in politiknahen Fächern wie Jura, Politik- oder Verwaltungswissenschaft. Viele haben in politiknahen Berufen gearbeitet oder ehrenamtliche Führungserfahrungen gesammelt, z.B.

als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen von Abgeordneten, als Referentin in einem Ministerium, städtische Integrationsbeauftragte, Leiterin eines Integrationsprojekts oder als gewählte Mitglieder von Ausländerbeiräten. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies ihre Sichtbarkeit erhöht und ihnen den Zugang zu politischen Netzwerken erleichtert hat.

Ihre politische Sozialisation hat für viele bereits im Elternhaus begonnen, vor allem mit gesellschaftspolitisch aktiven Vätern, aber auch Müttern und Großmüttern, die sich – teilweise bereits im Herkunftsland – engagiert haben und als Vorbilder fungierten und auch aktiv zum Engagement ermutigten. Nur eine der Interviewten berichtet über familiären Druck in ihrer Jugend durch männliche Verwandtschaft. Dieser richtete sich gegen ihren Wunsch zu studieren, der ihr als Mädchen verweigert wurde, weil damit der Wegzug vom familiären Wohnort einhergegangen wäre. Ansonsten wird familiäre Unterstützung, insbesondere später durch Lebenspartner, als wichtig betont, zum einen als emotionale Stütze, aber vor allem um mit der hohen zeitlichen Belastung eines Amtes oder Mandats neben Familie und Beruf umgehen zu können. So führen einige der interviewten Frauen auch die Verantwortung für jüngere Kinder als einen Grund an, warum sie – momentan oder in der Vergangenheit – kein höheres Mandat anstreben bzw. angestrebt haben. Gleichzeitig gibt es auch in der Gruppe muslimischer Politikerinnen, ebenso wie unter Politikerinnen ohne Migrationshintergrund, alleinstehende und/oder kinderlose Frauen, die damit zeitlich wesentlich flexibler sind.

Trotz zunehmender Pluralisierung von Rollenbildern in Deutschland gilt geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als ein wichtiger Faktor, der die politische Repräsentation von Frauen negativ beeinflusst (Kinzig 2007). Zum Beispiel sind Frauen aufgrund geringerer Zeitbudgets Männern gegenüber oft bei der Vergabe von ehrenamtlichen Führungspositionen innerhalb lokaler Parteiorganisationen benachteiligt (Holtkamp/Schnittke/Wiechmann 2011, 46). Diese Funktionen sind jedoch als Sprungbrett für die politische Karriere sowie für die innerparteiliche Entscheidungsfindung hinsichtlich der Nominierung von KandidatInnen für Ämter und Mandate von zentraler Bedeutung. Innerhalb muslimischer Einwandererhaushalte ist häufig nicht nur die Anzahl der Kinder größer, sondern sind auch traditionelle Rollenbilder, denen zufolge Frauen für den Haushalt und die Familie zuständig sind, verbreiteter als in christlich geprägten Einwandererfamilien bzw. einheimisch-deutschen Haushalten (BAMF 2014; Diehl/Koenig/Ruckdeschel 2009). Hier liegt die Annahme nahe, dass dies eine weitere Beschränkung des potentiellen Kandidatinnenpools unter Musliminnen darstellt. Allerdings hat die Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF 2014) auch gezeigt, dass in der zweiten Generation bereits eine deutliche Ablösung vom klassischen Rollenmodell stattfindet und bei einem hohen Bildungsabschluss die Wahrscheinlichkeit der gerechteren Aufteilung von Familienaufgaben auch unter MuslimInnen zunimmt.

Die Erfolgsfaktoren Bildung, politiknahe Berufe und ehrenamtliche Führungspositionen sowie geschlechtergerechte Sozialisation und Arbeitsteilung sind demnach

wichtig für die politische Karriere von Frauen sowohl ohne als auch mit Migrationshintergrund. Allerdings ist die Gruppe mit Migrationshintergrund mit weiteren und spezifischen Hindernissen konfrontiert (vgl. auch Hossain et al. 2016; Markowis 2015).

Ein zentrales Hindernis ist der beschränkte Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft. Zwar ist der Pool potentieller KandidatInnen mit Migrationshintergrund (unabhängig von ihrem Glauben) seit der Liberalisierung des Einbürgerungsrechts im Jahr 2000 stark angewachsen auf etwa 10% aller Wahlberechtigten in Deutschland (Mediendienst Integration o.J.); allerdings sind Schätzungen nach nur etwa 1,5 Millionen der in Deutschland lebenden MuslimInnen wahlberechtigt (Deutsche Welle 2017). Gehen wir davon aus, dass etwa die Hälfte davon Frauen sind, dann ist der Pool potentieller Kandidatinnen schon massiv geschrumpft; und er wird weiter beschränkt durch bestehende sozio-ökonomische Benachteiligung von Migrantinnen sowohl im Bildungssystem als auch auf dem Arbeitsmarkt (Hipp 2016; Hummitzsch 2014). So haben z.B. von den Muslim_Innen, die in Deutschland leben und zur Schule gegangen sind, laut einer Studie des BAMF (2009, 211), ca. 30% die Hochschulreife erlangt, allerdings ist dies bei Frauen (25,6%) weniger der Fall als bei Männern (34%). Gleichzeitig ist der Anteil derjenigen, die über gar keinen oder nur einen Hauptschulabschluss verfügen, sehr hoch – insbesondere unter den Frauen (41,5% im Vergleich zu 36,4% der Männer).

Gesellschaftliche Ausgrenzung, oder wie es eine der Politikerinnen im Interview formulierte, „die Erfahrung, Minderheit zu sein in der Mehrheitsgesellschaft" (Interview 3), beeinflusst nicht nur die Bildungs- und Berufserfolge von ZuwandererInnen, sondern auch die Bereitschaft sich politisch zu engagieren. Alle interviewten Politikerinnen mit Migrationshintergrund berichten von Diskriminierungserfahrungen in der Schul- und Studienzeit sowie bei der Job- und Wohnungssuche. Bis heute haben einige der Politikerinnen das Gefühl, dass sie sich ganz besonders beweisen müssen, weil ihnen als Frauen mit Migrationshintergrund erst einmal weniger zugetraut wird. Wie eine der Interviewten betont: „Ich kämpfe jeden Tag von Neuem dagegen an, auf meine Herkunft reduziert zu werden" (Interview 1). Diese Ungleichbehandlung wurde für viele von ihnen zu einer wichtigen Motivation, sich gesellschaftlich zu engagieren. Gleichzeitig kann sie jedoch, wie einige der Interviewten betonen, auch abschrecken und zum Rückzug in die Privatsphäre beitragen.

Religion spielt in diesem Kontext eine zentrale Rolle, zum einen erlangt sie Bedeutung als etwas, was in Form von Diskriminierung und Stereotypen von außen an die Politikerinnen herangetragen wird, zum anderen als ihr eigener Glaube sowie ihre Überzeugungen und Handlungen, die sich aus diesem ergeben. Einige der interviewten Politikerinnen sehen sich regelmäßig mit Stereotypen über muslimische Frauen konfrontiert, fühlen sich als Frauen mit (türkischem) Migrationshintergrund auf ihre Religion reduziert (selbst wenn sie diese gar nicht nach außen kommunizieren) und berichten über entsprechende Ausgrenzungserfahrungen. In den meisten Interviews finden die immer wieder aufkommenden, stereotyp geführten politischen Debatten

über den Islam und über MuslimInnen in Deutschland sowie das Aufkommen islamophober Bewegungen und Parteien, wie Pegida und Alternative für Deutschland, frustrierte Erwähnung, die auch als ein möglicher Grund dafür angesehen werden, dass sich viele MuslimInnen eher zurückziehen statt sich in deutschen Parteien zu engagieren. Gleichzeitig sehen sich viele der interviewten Politikerinnen durch diese Entwicklungen gezwungen, aktiv Vorurteilen und Pauschalisierungen entgegenzutreten.
Hinsichtlich des eigenen Glaubens und dessen politischer Bedeutung lassen sich die interviewten Politikerinnen in zwei Gruppen einteilen. Für einen Teil der interviewten muslimischen Politikerinnen selbst spielt ihre Religion fast ausschließlich eine persönliche, in ihrem politischen Werdegang aber eher untergeordnete Rolle: „Für mich ist Religion Privatsache" (Interview 11), wie eine der Interviewten stellvertretend für andere betont. Einige dieser Politikerinnen pflegen Kontakte zu muslimischen bzw. alevitischen Gemeinden, die vor allem privater Natur sind, aber manche setzen sich auch politisch für ihre Unterstützung, manchmal auch für mehr Geschlechtergerechtigkeit innerhalb dieser ein; andere haben gar keine Kontakte. Grundsätzlich ist Religion für sie jedoch *kein* zentrales Thema in ihrer politischen Karriere. Die andere Gruppe hingegen setzt sich aktiv für die Gleichstellung des Islams ein und unterhält politische Kontakte zu verschiedenen Moscheegemeinden und muslimischen Organisationen. Auch wenn die Ergebnisse hier nicht repräsentativ für alle muslimischen Politikerinnen in Deutschland stehen können, so deutet die Verteilung der elf interviewten Politikerinnen verschiedener politischer Ebenen auf die beiden Gruppen darauf hin, dass die erste Gruppe es leichter hat bis auf die Bundesebene vorzudringen, während Mitglieder der zweiten Gruppe sich eher auf kommunalpolitischer Ebene bewegen. Dies lässt erste Schlüsse darauf zu, dass Parteien einen bestimmten Typ muslimischer Politikerinnen bevorzugen, worauf im nächsten Abschnitt noch näher eingegangen wird.
Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass der muslimische Kandidatinnenpool aufgrund staatsbürgerschaftlicher Beschränkungen, sozio-ökonomischer Benachteiligung und gesellschaftlicher Ausgrenzung noch einmal geringer ausfällt als derjenige von Kandidatinnen ohne Migrationshintergrund. Bei letzteren ist das Argument sicherlich richtig, dass aufgrund zunehmender, wenn auch im Hinblick auf familiäre Arbeitsteilung sicherlich noch lange nicht erreichter Gleichstellung zwischen den Geschlechtern politische Unterrepräsentation von Frauen kaum mehr damit begründet werden kann, dass nicht genügend Frauen zur Auswahl stünden (Kinzig 2007). Selbst im Fall von Kandidatinnen mit Migrationshintergrund ist der Pool inzwischen ausreichend groß (Hossain et al. 2016, 78f.). Nicht alle Menschen mit Migrationshintergrund sind jedoch muslimisch. So ist im Fall muslimischer Frauen das Argument eines begrenzten „Angebots" an Kandidatinnen nicht völlig von der Hand zu weisen. Allerdings sind auch weniger muslimische Politikerinnen notwendig, um eine angemessene deskriptive Repräsentation zu erzielen. Warum dies nicht gelingt, wird deutlich, wenn man die „Nachfrage" durch Parteien und WählerInnen genauer in den Blick nimmt.

„Nachfrage" durch Parteien und WählerInnen

Forschung zu Frauen ohne und mit Migrationshintergrund in der deutschen Politik hat die Diskriminierung durch Parteien als zentralen Faktor für ihre Unterrepräsentanz identifiziert. CDU/CSU und SPD nominieren weniger Frauen als Männer für aussichtsreiche Direktmandate, was eine zentrale Erklärung dafür ist, dass – trotz Frauenquote – der Frauenanteil stagniert (Davidson-Schmich/Kürschner 2011; Holtkamp/Schnittke/Wiechmann 2011). Zudem vergeben auf kommunalpolitischer Ebene alle Parteien, mit Ausnahme der Grünen, durchschnittlich schlechtere Listenplätze an KandidatInnen mit Migrationshintergrund (Hossain et al. 2016, 178ff.). Auch wenn diese Praxis auf bundespolitischer Ebene nicht mehr ersichtlich ist (Wüst 2014), behindert sie die politische Repräsentation von KandidatInnen mit Migrationshintergrund, da der Einstieg in eine politische Karriere meist über die lokale Ebene erfolgt. Gleichzeitig wird diese Diskriminierung durch Parteien kaum thematisiert, was, wie Hossain et al. (2016, 149) betonen, zur „Reproduktion gesellschaftlicher, männlich dominierter Herrschaftsverhältnisse" beiträgt. Auch in meinen Interviews gibt es nur wenige Hinweise darauf, dass muslimische Politikerinnen Diskriminierung durch Parteieliten wahrnehmen. Im Gegenteil, die meisten fühlen sich eher unterstützt, auch diejenigen, die etwa bei der letzten Bundestagswahl 2017 kein Mandat erlangt haben. Einige wenige, vor allem diejenigen aus der religionspolitisch aktiven Gruppe, äußern jedoch auch Kritik, die sich zum Teil auf eigene Erfahrungen, zum Teil auf Beobachtungen stützt. So berichten die beiden mandatslosen Politikerinnen über lokale innerparteiliche Mobilisierung, z.B. mittels Telefonkampagnen, gegen die Nominierung von KandidatInnen, deren religionspolitische Positionen oder offensichtlicher muslimischer Hintergrund auf Widerstand gestoßen sind. Einige bemerken, dass ihre Parteien immer wieder daran erinnert werden müssen, ihre Listen vielfältig zu gestalten, ansonsten passiere das nicht, und kritisieren die Diskriminierung von KandidatInnen mit noch nicht perfekten Deutschkenntnissen. Ansonsten bezieht sich die Kritik weniger auf den Nominierungsprozess als auf den Zugang zu lokalen Parteiorganisationen und auf den Umgang mit PolitikerInnen mit Migrationshintergrund, sind diese erst einmal gewählt. Während ersterer bei den kleinen Parteien aufgrund der Offenheit der Strukturen sich einfacher gestalte, sei der Zugang zu Ortsvereinen der großen Parteien häufig schwierig. Als förderlich erweist sich in den Interviews persönlicher Kontakt, z.B. durch FreundInnen oder über vorheriges ehrenamtliches Engagement in anderen, häufig migrantisch geprägten Kontexten und persönliche Ansprache sowie eine gewisse Willkommenskultur von Seiten des Ortsverbands. Auch eine gewisse interkulturelle Sensibilität, dass z.B. nicht ausschließlich Schweinefleisch auf Veranstaltungen angeboten oder über die Maßen Alkohol bei abendlichen Treffen konsumiert werde, betont eine Interviewte als wichtig, um interessierte MuslimInnen nicht sofort wieder abzuschrecken. Wenn hingegen Vorbehalte gegenüber MigrantInnen und MuslimInnen bereits im Ortsverband deutlich werden, ist es äußerst schwierig, Zugang zur Partei und zu den für eine politische Karriere so wichtigen informellen

Netzwerken zu finden. Solche Vorbehalte finden sich laut der Interviewten in allen Parteien wieder und äußern sich in Stereotypen, die an sie herangetragen werden, oder auch in Unterstellungen, dass sie etwa aufgrund ihres religiösen Hintergrunds bestimmte Themen, wie die staatliche Anerkennung muslimischer Gemeinden oder das Kopftuch, nicht distanziert genug betrachten könnten bzw. dass sie zu wenig politische Distanz zu bestimmten muslimischen Organisationen wahren würden. Gerade die Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden und Organisationen ist für einige der interviewten Politikerinnen eine „extreme Gratwanderung"; insbesondere wenn sie auch mit Mitgliedern traditionellerer Vereine sprechen, werden sie schnell zur „Zielscheibe" anderer PolitikerInnen und der Medien, was die eigentliche politische Arbeit stark behindere (Interview 9). Darüber hinaus geben die Interviews jedoch wenig Hinweise auf eine durchgängige Diskriminierung muslimischer Politikerinnen innerhalb der Parteien. Trotz Vorbehalten, die ihnen auch innerhalb ihrer eigenen Parteien immer wieder begegnen, finden sie doch auch ausreichend Unterstützung, um sich z.B. gegen Mitbewerberinnen durchzusetzen.

In der Repräsentationsforschung aus intersektionaler Perspektive ist eine zentrale Frage, inwieweit Frauen mit Migrationshintergrund von Quoten profitieren (Celis et al. 2014). Für Deutschland gibt es deutliche Hinweise darauf, dass in den meisten Parteien neben der institutionalisierten Frauenquote auch eine inoffizielle MigrantInnenquote besteht. Es gibt Belege dafür, dass Parteien gezielt Frauen mit Migrationshintergrund rekrutieren, da dies beide Quoten gleichzeitig befriedigt (Donovan 2013, 35; Hossain et al. 2016, 182ff.; Markowis 2015; Wüst 2014). Auch einige der muslimischen Bundespolitikerinnen, insbesondere von den Grünen und der Linken, berichten über so eine „Mehrfachquote" (Interview 1), von der sie in Nominierungsprozessen profitiert hätten. Fast alle Interviewten, die ein Mandat auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene innehaben, sind gezielt gefördert worden, indem sie angesprochen wurden, ob sie der Partei beitreten, Ämter übernehmen oder für Mandate kandidieren wollen, häufig ohne die ansonsten notwendige langjährige Erfahrung in den Parteistrukturen mitzubringen.

Auch wenn diese gezielte Förderung für die betroffenen Politikerinnen erst einmal positiv zu bewerten ist, führt sie insgesamt nicht unbedingt zu mehr Chancengleichheit. „Denn wenn zwei Quoten durch die Listenplatzierung mit nur einer Person erfüllt werden, stehen schließlich mehr Plätze für Männer ohne Migrationshintergrund zur Verfügung" (Hossain et al. 2016, 185). Die gezielte Rekrutierung erlaubt es den Parteien zum einen zu zeigen, dass sie auf gesellschaftliche Forderungen nach mehr Gleichstellung und Vielfalt reagieren, zum anderen, ihre „Gatekeeper"-Funktion zu erhalten. Sie wählen selber aus, welche Frauen sie fördern. Dies kann zur Folge haben, dass nur bestimmte Gruppen zum Zuge kommen und ist eine mögliche Erklärung dafür, dass auf Bundes- und Länderebene hauptsächlich muslimische Frauen repräsentiert sind, die ihre Religion als Privatsache ansehen und soweit wie möglich aus der Politik heraushalten, also dem Bild der „Vorzeige-Muslimin", die „modern, säkular und progressiv" ist (Dhamoon 2009, 137) entsprechen.

Eine ähnlich zwiespältige Dynamik lässt sich für den WählerInnenmarkt feststellen. Einerseits lassen sich, mit Ausnahme des rechten Spektrums, nicht länger Hinweise auf eine durchgängige Diskriminierung von KandidatInnen mit Migrationshintergrund finden (Hossain et al. 2016, 192f.; Street 2014). Einige der interviewten muslimischen Politikerinnen berichten zwar von Anfeindungen in Wahlkämpfen, bewerten diese jedoch eher als Minderheitenmeinung. Zudem kommen diese eher aus dem deutsch-nationalen/rechten sowie, vor allem gegenüber alevitischen Politikerinnen, aus dem türkisch-nationalistischen Lager, also von Gruppen, welche die Parteien der Interviewten eher nicht wählen würden. Andererseits äußerten einige der Interviewpartnerinnen die Vermutung, dass sie wenig offenen Anfeindungen ausgesetzt seien, weil man ihnen ihren Migrationshintergrund und ihre Religionszugehörigkeit weder äußerlich ansehen noch an einem Akzent anhören könne. Einige verwiesen in diesem Zusammenhang auch auf das Kopftuch und äußerten die Vorstellung, dass ihnen unter Umständen mehr Vorbehalte begegneten, wenn sie ein solches tragen würden. Möglicherweise erklärt dies, warum es bisher nur in der Lokalpolitik einige wenige Kopftuch tragende Politikerinnen gibt, noch nicht jedoch in der Bundes- und Landespolitik. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die Aussage einer der interviewten, Kopftuch tragenden Lokalpolitikerinnen, die verriet, dass sie im Wahlkampf für die Kommunalwahlen „das sehr geschickt gemacht“ hätten; sie haben „keine Plakate aufgehangen von mir. (...) Deshalb hatten wir wenig Gegenwind“ (Interview 8). Dies weist darauf hin, dass Parteien sehr wohl noch Vorbehalte gegen MuslimInnen durch WählerInnen antizipieren.

Fazit

Musliminnen sind in der deutschen Politik unterrepräsentiert. Aus der Analyse lässt sich die Hypothese ableiten, dass dies an der Kombination des eingeschränkten Kandidatinnenpools in Kombination mit den noch unzureichenden Bemühungen der Parteien, für eine gleichberechtigte Repräsentation zu sorgen, liegt; letzteres auch angesichts antizipierter, möglicher Vorbehalte in der Wahlbevölkerung gegen MuslimInnen in der Politik. Die De-Thematisierung von Barrieren sowie die ambivalente Wirkung der inoffiziellen „Mehrfachquote“ trägt ebenfalls dazu bei, dass muslimische Politikerinnen weiterhin unterrepräsentiert sind. Die Erfolgsbedingungen (Hochschulabschluss, berufliche/ehrenamtliche Vorerfahrung, verfügbare Zeit und familiäre Unterstützung bzw. Ungebundenheit, gezielte Förderung durch Parteieliten) und entsprechende Hindernisse (traditionelle Geschlechterrollen, gesellschaftliche Benachteiligung und Ausgrenzung, Vorbehalte in den Parteien und – antizipiert – in der WählerInnenschaft) für die politische Karriere sind denen von Frauen mit Migrationshintergrund sehr ähnlich (vgl. v.a. Hossain et al. 2016; Markowis 2015). Dies ist wenig verwunderlich, da Musliminnen in der Regel einen Migrationshintergrund haben. Allerdings zeigen die Interviews auch, dass Religion, und spezifisch der Islam, eine Kategorie ist, die – zumindest heutzutage – viele dieser

Ausgrenzungserfahrungen noch einmal verstärkt, insbesondere wenn es um sichtbare Symbole wie das Kopftuch geht. Zudem liegt sie quer zur Kategorie Migrationshintergrund. So gibt es in den Parteien des eher linken Spektrums (SPD, Grüne, Linke) viele PolitikerInnen sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund, die nicht religiös und eher säkular eingestellt sind. Muslimische Politikerinnen, die sich für mehr Dialog mit Religionsgemeinschaften und für die Anerkennung einer öffentlichen Rolle von Religion aussprechen, ecken dort schnell an. Dies ist auch eine Erklärung dafür, warum der Aufstieg für Musliminnen, die ihre Religion als Privatsache verstehen, in diesen Parteien bisher leichter zu sein scheint.[6] In der CDU stellt sich die Situation ein bisschen anders dar. Dort ist die Anerkennung für eine öffentliche Rolle von Religion weitestgehend gegeben – einer der Gründe, warum die Partei trotz des „großen C" attraktiv für gläubige MuslimInnen ist (Mumme 2016). Die Akzeptanz des Islams und die Integration von MuslimInnen hingegen ist umstritten, was es für muslimische Politikerinnen, die sich für genau diese Fragen einsetzen, schwieriger macht, sich gegen Vorbehalte durchzusetzen.

Aufgrund der geringen Fallzahl können die Interviews nur eine erste Annäherung an das Thema bieten. Sie weisen jedoch darauf hin, dass Religion gesondert von Migrationshintergrund zu betrachten ist, wenn Hindernisse, insbesondere für sichtbare Minderheiten, in der Politik genauer erfasst werden sollen. Mehr Forschung ist jedoch notwendig, die auch muslimische Politiker sowie nicht-muslimische/nichtreligiöse PolitikerInnen mit Migrationshintergrund in den Blick nimmt und weitere Quellen, wie die Analyse von Wahllisten und repräsentative Befragungen, nutzt, um diese Frage systematisch zu eruieren.

Die interviewten Politikerinnen trotzen verbreiteten Stereotypen über muslimische Frauen und nehmen eine wichtige Vorbildfunktion ein. Der Erhöhung ihres Anteils in der deutschen Politik bräuchte vor allem einen erleichterten Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft, zum Beispiel durch die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft, und den Abbau sozio-ökonomischer und gesellschaftlicher Diskriminierung, um den Pool potentieller Kandidatinnen zu vergrößern. Frauen benachteiligende, traditionelle Rollenbilder und geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hingegen gehören – unabhängig von ethnischer Herkunft und religiöser Überzeugung – bekämpft. Die Vermutung, diese Rollenbilder wären in nicht-muslimischen Haushalten in Deutschland längst überwunden, würde nicht nur die Realität verkennen, sondern auch weitere Ausgrenzung unnötig befördern. Nicht zuletzt sind die Parteien aufgerufen, sich stärker für MuslimInnen zu öffnen, wollen sie ihrem Anspruch nach mehr Vielfalt wirklich gerecht werden.

Anmerkungen

1 Hier muss jedoch bereits darauf hingewiesen werden, dass in vielen Studien (darunter auch Hughes 2016) Menschen bereits als muslimisch eingeordnet werden, wenn sie oder ihre Eltern aus einem mehrheitlich muslimischen Land stammen. Dies sehe ich als problematisch an, da nicht alle TürkInnen auch muslimischen Glaubens sind. Ich ziehe im Rahmen dieser Studie deshalb die Selbstidentifikation als muslimisch zur Abgrenzung der Gruppe vor (zur

Problematik der Abgrenzung verschiedener Gruppen im Kontext der Messung politischer Repräsentation siehe Celis/Mügge 2018).

2 Fünf Abgeordnete bekennen sich auf ihren Bundestagswebseiten zum Islam, vier weitere habe ich durch Internetrecherchen identifiziert. Zahlen zur Landes- und Kommunalebene liegen nicht vor.

3 Arbeiten zur politischen Partizipation von Musliminnen in Deutschland beschäftigen sich kaum mit ihrer Repräsentation in der formalen Politik, sondern vor allem mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement (z.B. Gamper/Reuter 2008). Wenn formale politische Repräsentation von Musliminnen untersucht wird, dann nur als Teil größerer Vergleichsstudien, die die Analyse auf den Einfluss eines einzelnen Erklärungsfaktors, z.B. das Wahlrecht, verengen (Hughes 2016).

4 Da es sich bei muslimischen Politikerinnen in Deutschland um eine sehr kleine Gruppe handelt, können hier, um die ihnen zugesicherte Anonymität zu wahren, keine genaueren Angaben gemacht werden.

5 Deskriptive Repräsentation ist von substantieller Repräsentation zu unterscheiden, die sich auf die Vertretung der spezifischen Interessen dieser präsenten Gruppen bezieht (Phillips 1995).

6 Dies geht in eine ähnliche Richtung wie die Erkenntnis, „dass diejenigen MandatsträgerInnen mit Zuwanderungsgeschichte am erfolgreichsten in der Politik sind, die versuchen, ihren Status als ‚ganz normale Abgeordnete' in den Vordergrund zu rücken" (Markowis 2015, 306).

Literatur

Bertelsmann Stiftung, 2015: Religionsmonitor. Sonderauswertung Islam 2015. Internet: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Zusammenfassung_der_Sonderauswertung.pdf (5.4.2018).

Bird, Karen/**Saalfeld**, Thomas/**Wüst**, Andreas M., 2011: Ethnic Diversity, Political Participation and Representation. A Theoretical Framework. In: Bird, Karen/Saalfeld, Thomas/Wüst, Andreas M. (Hg.): The Political Representation of Immigrants and Minorities. Voters, Parties and Parliaments in Liberal Democracies. London, New York, 1-21.

Bloemraad, Irene/**Schönwälder**, Karen, 2013: Immigrant and Ethnic Minority Representation in Europe. Conceptual Challenges and Theoretical Approaches. In: West European Politics. 36 (3), 564-579.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2009: Muslimisches Leben in Deutschland. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Internet: http://www.deutsche-islam-konferenz.de/SharedDocs/Anlagen/DIK/DE/Downloads/WissenschaftPublikationen/MLD-Vollversion.pdf?__blob=publicationFile (3.2.2018).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2014: Geschlechterrollen bei Deutschen und Zuwanderern christlicher und muslimischer Religionszugehörigkeit. Internet: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb21-geschlechterrollen.html (6.4.2018).

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), 2016: Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015. Internet: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/WorkingPapers/wp71-zahl-muslime-deutschland.pdf?__blob=publicationFile (3.4.2018).

Celis, Karen/**Erzeel**, Silvia/**Mügge**, Liza/**Damstra**, Alyt, 2014: Quotas and Intersectionality. Ethnicity and Gender in Candidate Selection. In: International Political Science Review. 35 (1), 41-54.

Celis, Karen/**Mügge**, Liza M., 2018: Whose Equality? Measuring Group Representation. In: Politics. 38 (2), 197-213.

Davidson-Schmich, Louise K./**Kürschner**, Isabelle, 2011: Stößt die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 42 (1), 25-34.

Deutsche Welle, 2017: Bundestagswahl. Was Muslime wählen. Internet: http://www.dw.com/de/bundestagswahl-was-muslime-w%C3%A4hlen/a-40490941 (3.4.2018).

Dhamoon, Rita, 2009: Identity/Difference Politics. How Difference is Produced and Why It Matters. Vancouver, Toronto.

Diehl, Claudia/**Koenig**, Matthias/**Ruckdeschel**, Kerstin, 2009: Religiosity and Gender Equality. Comparing Natives and Muslim Migrants in Germany. In: Ethnic and Racial Studies. 32 (2), 278-301.

Donovan, Barbara, 2013: Intersectionality and the Substantive Representation of Migrant Interests in Germany. In: German Politics and Society. 30 (4), 23-44.

Ehrkamp, Patricia, 2010: The Limits of Multicultural Tolerance? Liberal Democracy and Media Portrayals of Muslim Migrant Women in Germany. In: Space and Polity. 14 (1), 13-32.

Gamper, Markus/**Reuter**, Julia, 2008: Muslimische Frauen-Netzwerke in Deutschland. Selbstorganisation und Interessenartikulation von Migrantinnen. In: Femina Politica. 17 (1), 81-93.

Hipp, Lena, 2016: Ungleichheiten und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 66 (9). Internet: http://www.bpb.de/apuz/221588/ungleichheiten-und-diskriminierung-auf-dem-arbeitsmarkt?p=all (6.4.2018).

Holtkamp, Lars/**Schnittke**, Sonja/**Wiechmann**, Elke, 2011: Die Stagnation der parlamentarischen Frauenrepräsentanz. Erklärungsansätze am Beispiel deutscher Großstädte. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen. 42 (1), 35-49.

Hossain, Nina/**Friedhoff**, Caroline/**Funder**, Maria/**Holtkamp**, Lars/**Wiechmann**, Elke, 2016: Partizipation – Migration – Gender. Eine Studie über politische Partizipation und Repräsentation von Migrant_innen in Deutschland. Baden-Baden.

Hughes, Melanie M., 2016: Electoral Systems and the Legislative Representation of Muslim Ethnic Minority Women in the West, 2000–2010. In: Parliamentary Affairs. 69 (3), 548-568.

Hummitzsch, Thomas, 2014: Diskriminierung von Migranten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Bundeszentrale für politische Bildung. Internet: http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/newsletter/182169/diskriminierung-von-migranten (6.4.2018).

Kinzig, Silke, 2007: Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden.

Krook, Mona Lena/**Norris**, Pippa, 2014: Beyond Quotas. Strategies to Promote Gender Equality in Elected Office. In: Political Studies. 62, 2-20.

Markowis, Freya Angelika, 2015: Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund. Karrierewege und substantielle Repräsentation von Landtagsabgeordneten mit Zuwanderungsgeschichte. Berlin.

Mediendienst Integration, o.J.: Politische Teilhabe. Internet: https://mediendienst-integration.de/integration/politik.html (2.4.2018).

Mügge, Liza M./**Erzeel**, Silvia, 2016: Double Jeopardy or Multiple Advantage? Intersectionality and Political Representation. In: Parliamentary Affairs. 69 (3), 499-511.

Mumme, Thorsten, 2016: Warum die CDU die neue Partei der Migranten ist. Internet: https://www.welt.de/politik/deutschland/article157163316/Warum-die-CDU-die-neue-Partei-der-Migranten-ist.html (2.7.2018).

Norris, Pippa/**Lovenduski**, Joni, 1995: Political Recruitment. Cambridge.

Phillips, Anne, 1995: The Politics of Presence. Oxford.

Street, Alex, 2014: Representation despite Discrimination. Minority Candidates in Germany. In: Political Research Quarterly. 67 (2), 374-385.

Weldon, S. Laurel, 2006: The Structure of Intersectionality. A Comparative Politics of Gender. In: Politics & Gender. 2 (2), 235-248.

Wüst, Andreas M., 2014: Immigration into Politics. Immigrant-origin Candidates and Their Success in the 2013 Bundestag Election. In: German Politics and Society. 32 (3), 1-15.